

– Der Kanton Schwyz hat von 1991 bis 1994 total 84 Bundesarbeitsplätze verloren (minus 6,3 Prozent). Nur Uri und Schaffhausen haben prozentual mehr eingebüsst.

– Nur 0,9 Prozent aller Beschäftigten im Kanton Schwyz arbeiten beim Bund (PTT, SBB, EMD).

– Als Soldat habe ich einmal gelernt, dass aus Sicherheitsgründen Dezentralisationen in der Armee notwendig sind. Dies sind die bis jetzt bekannten Auswirkungen der Reform «Armee 95». Die Befürchtungen bezüglich Verlagerung des Elektronikbetriebes von Brunnen nach Emmen und die Auslagerung des Zeughauses von Seewen nach Brunnen laufen unter dem Titel «Armeereform 95».

Die Streichung der Äplerstellen ist psychologisch sehr problematisch. Korporationen und Genossenschaften als Alpbesitzer und Partner für die Schiessplatzverträge sind betroffen. Der Alpwirtschaftliche Verein des Kantons Schwyz war seinerzeit sehr um diese Arbeitsplätze bemüht und konnte vor dreissig Jahren diese Lösung mit der Verwaltung von Seewen finden. Man hat diese Kombination gerühmt. Der Kanton Schwyz hat 72 Schiessplätze auf den Alpen, die von den Äplern akzeptiert und in Zusammenarbeit mit dem EMD gepflegt werden.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 17. Mai 1995

Rapport écrit du Conseil fédéral du 17 mai 1995

Das EMD hat am 22. und 23. März 1995 umfassend über die geplanten Umstrukturierungen im EMD-Industriepotential orientiert. Die Anpassung der Strukturen wird nötig, weil das Auftragsvolumen der Betriebe durch die Bestandesreduktion der Armee kleiner wird, die Militärausgaben seit 1990 laufend gekürzt wurden und der Munitionsverbrauch in der Armee wegen des vermehrten Einsatzes von Simulatoren in der Ausbildung zurückgeht.

Bei der Erarbeitung des neuen Standortmodells wurde nach der Methode der proaktiven Konzentration vorgegangen, d. h., es werden Strukturen geschaffen, in denen unter Berücksichtigung der bekannten Rahmenbedingungen die Bedürfnisse der «Armee 95» wirtschaftlich erfüllt werden können. Die militärischen Bedürfnisse und die Wirtschaftlichkeit standen deshalb bei der Ausgestaltung des neuen Standortmodells im Vordergrund. Die regionale Verteilung war ein weiteres wichtiges Kriterium.

Der Bundesrat ist sich bewusst, dass die Umstrukturierung des EMD-Industriepotentials und der damit verbundene mehrjährige Abbau von rund 3300 Arbeitsplätzen für die betroffenen Regionen und die Mitarbeiter schmerzhaft ist. Das EMD setzt alles daran, den Abbau so sozialverträglich wie möglich durchzuführen.

Zu den Fragen der Interpellation nimmt der Bundesrat wie folgt Stellung:

1. Das EMD hat alles darangesetzt, den Abbau von Bundesstellen so gut wie möglich kantonal und regional zu verteilen. Ein grosser Teil der EMD-Betriebe liegt aber heute in Bergregionen oder in anderen wirtschaftlich schwachen Landesteilen. Der Personalabbau kann deshalb nur in wenigen Regionen unter dem gesamtschweizerischen Mittel gehalten werden. Im Kanton Schwyz liegt er mit 30 Prozent über dem landesweiten Durchschnitt von 23 Prozent. In Zahlen entspricht dies einem Abbau von 100 Arbeitsplätzen. Mehrere andere Kantone haben einen höheren Stellenabbau zu verkraften.

2. Würden Standorte mit guten Bahn- und Strassenverbindungen bevorzugt behandelt, müsste zwangsläufig an anderen Standorten mehr Personal abgebaut werden. Damit würden ausgerechnet diejenigen Regionen härter getroffen, die nicht von leistungsfähigen Verkehrsverbindungen profitieren.

3. Äpler werden nur in den Kantonen Uri und Schwyz in den Wintermonaten in eidgenössischen Betrieben beschäftigt. Bereits in den letzten Jahren mussten einzelne von ihnen mangels genügender Arbeit in Zeughäusern ausserhalb des Kantons beschäftigt werden. Das weiter geschrumpfte Aufgabenvolumen setzt der Beschäftigung von Äplern zusätzlich Grenzen. Das EMD ist bemüht, sozialverträgliche Lösun-

gen zu finden und Härtefälle wenn immer möglich zu vermeiden.

Erklärung des Interpellanten: teilweise befriedigt

Déclaration de l'interpellateur: partiellement satisfait

95.3096

Interpellation Seiler Hanspeter

Umsetzung von «Armee 95» in EMD-Betrieben

Réalisation de la réforme «Armée 95» dans les entreprises du DMF

Wortlaut der Interpellation vom 7. März 1995

Der Bundesrat wird um Stellungnahme zu nachstehenden Fragen gebeten:

1. Viele Armeebetriebe befinden sich in Gebieten mit einseitigen Wirtschaftsstrukturen und gegebenenfalls, kaum zu beherrschenden Standortnachteilen. Ist der Bundesrat bereit, bei der Umstrukturierung und Umlagerung von EMD-Betrieben und -Anlagen diesen Aspekt in die Beurteilung mit einzubeziehen?

2. Die Akzeptanz der Armee und der durch sie verursachten Immissionen (z. B. Fluglärm bei Gebirgsschiessplätzen usw.) ist gerade in den Regionen, die von diesen unvermeidbaren Negativwirkungen am meisten betroffen wurden, am grössten. Ist der Bundesrat nicht auch der Meinung, dass solch jahrzehntelanges staatsreues Verhalten nicht durch Auslagern von Arbeitskapazitäten und Ausbildungsstellen in andere Regionen zusätzlich bestraft werden darf und dass bei den kommenden Entscheidungen neben rein betriebswirtschaftlichen und finanzpolitischen Überlegungen auch staatspolitische Erwägungen mit zu berücksichtigen sind?

3. Bei einer Neuorganisation, die das «Konzept 95» umsetzen soll, sind Zuteilungen von neuen und bleibenden Aufgaben verständlich. Für Aufgaben und Tätigkeiten, die in absehbarer Zeit auslaufen werden (z. B. Mirage, Tiger), macht ein Umlagern in andere Betriebe für eine relativ kurze Zeitspanne wenig Sinn. Zudem würde damit nicht gespart, sondern es entstünden auch wesentliche Zusatzkosten. Ist der Bundesrat nicht auch der Meinung, dass auf ein Umlagern solcher nur noch befristet laufender Arbeitseinheiten zu verzichten ist, dass damit der Übergang zur Zielorganisation eine bessere Akzeptanz findet und dass den arbeitsplatzmässig sehr stark betroffenen Regionen vernünftiger Übergangsfristen für volkswirtschaftliche Anpassungs- und Umstrukturierungsprozesse eingeräumt werden könnten?

4. Zweifelsohne werden durch das Zusammenlegen des Unterhaltes von gleichen und ähnlichen Systemen Synergien geschaffen. Warum wird kaum erwähnt, dass bisherige wertvolle innerbetriebliche und betriebsübergreifende Synergien und ebenso die Durchlässigkeit durch die verschiedenen Unterhaltsstufen verlorengehen? Ist der Bundesrat bereit, diese für einen Betriebserfolg nicht unwesentlichen Überlegungen in seinen Entscheidungen mit zu berücksichtigen?

5. Durch den massiven Abbau des Lehrstellenangebotes werden die Ausbildungschancen des beruflichen Nachwuchses in den betroffenen und meist dünnbesiedelten Regionen stark beeinträchtigt. Welche Massnahmen beabsichtigt der Bundesrat zu treffen, um die vom Bund verursachten Ausbildungsnachteile zu mildern oder mildern zu helfen?

6. In den letzten Jahren wurde in Neuanlagen sehr viel investiert (z. B. EMD-Anlage in Zweisimmen rund 40 Millionen Franken). Es ist finanz- und investitionspolitisch kaum verantwortbar, solche Investitionen kurzfristig brachliegen zu lassen und Investitionsruinen zu hinterlassen. Wird der Bun-

desrat diesen Aspekt in seinen Entscheidungsprozess mit einbeziehen?

Texte de l'interpellation du 7 mars 1995

Je prie le Conseil fédéral de répondre aux questions suivantes:

1. Bien des entreprises de l'armée travaillent dans des domaines dont les structures économiques rigides présentent des handicaps inhérents à leur activité et très difficiles à surmonter. Le Conseil fédéral est-il prêt, dans le cadre de la restructuration et du transfert d'installations et d'entreprises du DMF, à englober cet aspect de la question dans son évaluation?

2. Ce sont précisément les régions qui acceptent le mieux l'armée et les nuisances qu'elle engendre (p. ex. le bruit des avions sur les places de tir en montagne) qui ont le plus à souffrir de ces répercussions négatives, qui sont inévitables. Le Conseil fédéral ne pense-t-il pas, comme moi, que ces régions, qui ont fait preuve d'une telle fidélité envers notre pays pendant des décennies, ne doivent pas, en plus, être pénalisées par le transfert dans d'autres régions de capacités de production et de places de formation? Ne pense-t-il pas qu'il faudra tenir compte, dans les décisions à venir, des questions à caractère politique en plus des questions relevant purement de l'économie d'entreprise et de la politique financière?

3. La réorganisation qui doit accompagner la «réforme 95» sera marquée – on le comprend – par l'attribution de tâches nouvelles et par la réattribution de tâches existantes. Il ne serait guère indiqué de transférer dans d'autres entreprises, pour un laps de temps relativement court, des activités qui disparaîtront dans un avenir proche (p. ex. celles qui sont liées aux avions de type Mirage et Tiger). En agissant de la sorte, non seulement on ne réaliserait aucune économie, mais, en plus, on devrait supporter d'importants frais supplémentaires. Le Conseil fédéral ne pense-t-il pas, lui aussi, qu'il faut renoncer à transférer ces unités de travail qui sont vouées à disparaître afin que le passage à la nouvelle organisation soit mieux accepté et que les régions très durement touchées dans le secteur de l'emploi puissent bénéficier de délais de transition plus raisonnables qui leur permettent de mettre en place des plans d'adaptation et de restructuration économiques?

4. Il ne fait aucun doute que le regroupement des activités d'entretien de systèmes identiques ou analogues crée des synergies. Mais pourquoi ne dit-on presque jamais que les précieuses synergies qui existent au sein des entreprises et entre les entreprises, tout comme la transparence engendrée par les différents échelons d'entretien, disparaîtraient? Le Conseil fédéral est-il prêt à prendre en considération, dans ses décisions, ces questions qui ne sont pas sans importance pour la réussite des entreprises?

5. La diminution d'un grand nombre de places d'apprentissage va fortement réduire les chances des jeunes vivant dans les régions concernées, où la densité de la population est souvent faible, de pouvoir suivre une formation. Quelles mesures le Conseil fédéral entend-il prendre pour atténuer ou contribuer à atténuer les effets des mesures prises par la Confédération, mesures qui vont pénaliser le domaine de la formation?

6. Ces dernières années, le DMF a beaucoup investi dans de nouvelles installations (p. ex. celles de Zweisimmen, qui ont coûté près de 40 millions de francs). D'un point de vue économique et financier, il serait inimaginable d'envisager, à court terme, d'abandonner ces investissements et de laisser en friche les travaux qui ont été commencés. Le Conseil fédéral va-t-il intégrer cet aspect de la question dans son processus de décision?

Mitunterzeichner – Cosignataires: Bonny, Hari, Rychen, Schenk, Scherrer Werner, Weyeneth, Wyss William (7)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Die Realisierung von «Armee 95» macht Umstrukturierungen in allen Dienstleistungs- und Produktionsbetrieben der

Armee (z. B. Militärflugplätze, Zeughäuser, Armeemotorfahrzeugparks, Rüstungsbetriebe usw.) notwendig. Diese im Grundsatz unumgänglichen Massnahmen führen zu teilweise massivem Abbau von Arbeitsplätzen. Die personellen Bestandesreduktionen bewirken zudem einen gravierenden Abbau des Ausbildungsstellenangebotes und ein Abwandern von Fähigkeitenkapital im sogenannten High-Tech-Bereich. Die Schaffung und Zuteilung von Materialkompetenzzentren und «Dezentralen Serviceeinheiten» aus vorwiegend nur betriebswirtschaftlichen Erwägungen führt in einzelnen Regionen infolge des Umlagerens von noch vorhandenen bzw. neu benötigten Arbeitskapazitäten zu sich negativ auswirkenden sogenannten Sprungfunktionen oder zu Veränderungen in sehr kurzer Zeit. In Betrieben, die zu sogenannten «Dezentralen Serviceeinheiten» umfunktioniert werden, dürfte Lehrlingsausbildung zudem weder sinnvoll noch möglich sein.

Die vorgegebene Zielsetzung wird in den Regionen verstanden, sofern die Veränderung längerfristig und differenzierter angegangen wird, als dies die heute angestrebte Absicht scheinbar will. Die Durchführung der Restrukturierungsmassnahmen hat deshalb in vielen Regionen Bedenken und Besorgnis geweckt. Nachdem zur Beurteilung des betriebswirtschaftlichen Aspektes einer ausländischen Firma für Untersuchungen und zur Ausarbeitung von Vorschlägen sehr lange Zeit eingeräumt wurde, drohen sicherheitspolitische und erst recht regionalwirtschaftliche Überlegungen und Argumente nur teilweise oder gar nicht berücksichtigt zu werden.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates

vom 17. Mai 1995

Rapport écrit du Conseil fédéral

du 17 mai 1995

1. Das EMD hat am 22. und 23. März 1995 umfassend über die geplanten Umstrukturierungen im EMD-Industriepotential orientiert. Die Anpassung der Strukturen wird nötig, weil das Auftragsvolumen der Betriebe durch die Bestandesreduktion der Armee kleiner wird, die Militärausgaben seit 1990 laufend gekürzt wurden und der Munitionsverbrauch in der Armee wegen des vermehrten Einsatzes von Simulatoren in der Ausbildung zurückgeht.

Bei der Erarbeitung des neuen Standortmodells wurde nach der Methode der proaktiven Konzentration vorgegangen, d. h., es werden Strukturen geschaffen, in denen unter Berücksichtigung der bekannten Rahmenbedingungen die Bedürfnisse der «Armee 95» wirtschaftlich erfüllt werden können. Die militärischen Bedürfnisse und die Wirtschaftlichkeit standen deshalb bei der Ausgestaltung des neuen Standortmodells im Vordergrund. Die regionale Verteilung war ein weiteres wichtiges Kriterium.

2. Im Rahmen der Möglichkeiten wurde bei den Standortentscheiden auf Regionen, die von der Armee überdurchschnittlich belastet werden, besonders Rücksicht genommen. So liegt der Personalabbau im EMD-Industriepotential mit 8 Prozent im Kanton Tessin, 12 Prozent im Wallis und 16 Prozent im Kanton Graubünden zum Teil weit unter dem gesamtschweizerischen Mittel von 23 Prozent (rund 3300 Arbeitsplätze). In Zweisimmen gaben regionalpolitische Aspekte sogar den Ausschlag zur Aufrechterhaltung des Elektronikbetriebs (s. Ziff. 6).

3. Arbeitsvolumen, die in den nächsten Jahren durch den Abschluss einer Beschaffung auslaufen, werden in der Regel nicht umgelagert. So wird die Produktion des Sturmgewehrs 90 in der Waffenfabrik Bern zu Ende geführt und die Waffenfabrik in zwei Etappen in das neue Materialkompetenzzentrum Ballistik in Thun überführt. Umlagerungen machen dort Sinn, wo neue sachlich-fachliche Einheiten gebildet werden, die durch ihre Grösse und Ausstattung die militärischen Bedürfnisse wirtschaftlich erfüllen können, und das Zusammenfassen von Tätigkeiten auch den Erhalt des Know-how sicherstellt.

4. Bei der Erarbeitung des neuen Standortmodells wurden die Arbeitsprozesse im einzelnen genau untersucht; vorhandene Synergieeffekte wurden berücksichtigt.

5. Bundesrat und EMD sind sich der Problematik der Ausbildungsplätze in den Betrieben bewusst. Die Frage der Lehr- und Ausbildungsplätze wird in einer eigens dafür geschaffenen Arbeitsgruppe gesondert geprüft. Die bekanntgegebenen Abbauzahlen beinhalten keine Lehrstellen.

6. Selbstverständlich wurden die getätigten Investitionen bei den Standortentscheidungen berücksichtigt. Der Elektronikbetrieb Zweisimmen bleibt erhalten, und zwar als Filialbetrieb des Materialkompetenzzentrums Flug in Emmen.

Erklärung des Interpellanten: teilweise befriedigt

Déclaration de l'interpellateur: partiellement satisfait

95.3097

Interpellation der sozialdemokratischen Fraktion Militärflugplatz Lodrino. Zukünftige Nutzung

Interpellation du groupe socialiste Aérodrome de Lodrino. Reconversion des ateliers

Wortlaut der Interpellation vom 7. März 1995

Im Zusammenhang mit der Armereform «Armee 95» steht unter anderem die Reorganisation der Flugbetriebsdienste zur Diskussion. Es sollen Materialkompetenzzentren (Support) geschaffen und die Zahl der Unterhalts- und Reparaturwerkstätten vermindert werden. Gewisse Aufgaben möchte man Privaten übertragen oder zusammenfassen. Dies wäre mit Abbau von Personal verbunden.

Eine der zur Diskussion stehenden Varianten betrifft die Reorganisation der mechanischen Werkstätten des Militärflugplatzes Lodrino, die gegenwärtig 141 besonders qualifizierte Personen beschäftigen. Ein Teil der Arbeiten könnte der Pilatus AG oder den Militärwerkstätten von Emmen oder Buochs übertragen werden.

Ein solcher Entscheid wäre für die Wirtschaft einer Region – diejenige der Tre Valli –, aber auch für den ganzen Kanton Tessin ein harter Schlag. Schon jetzt ist die Wirtschaft der Tre Valli durch die wahrscheinliche Schliessung des Stahlwerks Monteforno in Bodio und durch den Personalabbau in anderen öffentlichen Diensten, vor allem der SBB, massiv bedroht.

Die sozialdemokratische Fraktion fordert den Bundesrat auf, zu folgenden Fragen Stellung zu nehmen:

- Stimmt es, dass eine der zur Diskussion stehenden Varianten vorsieht, gewisse Arbeiten privaten Firmen wie den Pilatuswerken oder anderen militärischen Werkstätten jenseits des Gotthards zu übertragen? Eine solche Verlagerung von Tätigkeiten, die bis anhin in den mechanischen Werkstätten des Militärflugplatzes Lodrino verrichtet wurden, hätte eine drastische Reduktion der Arbeitsplätze in Lodrino zur Folge.
- Wenn ja, welche Tätigkeiten sollen ausgegliedert werden, was würde diese Ausgliederung kosten, und wieviel Personal würde in Lodrino abgebaut?
- Wie lässt sich gegebenenfalls ein solcher Entscheid rechtfertigen, nachdem in den letzten Jahren über 13 Millionen Franken in die mechanischen Werkstätten des Flugplatzes von Lodrino investiert worden sind?
- Meint der Bundesrat nicht, neben den Kosten und den neuen Organisationsstrukturen der Armee seien für den definitiven Entscheid vor allem regional- und beschäftigungspolitische Überlegungen zu berücksichtigen?
- Meint er nicht, es sollten angesichts der hohen Qualifikation des Personals sowie der Wettbewerbs- und der Lei-

stungsfähigkeit der Werkstätten konkrete Massnahmen zur Erhaltung des Betriebs ergriffen werden, z. B. auch Massnahmen, welche den Übergang von militärischen auf zivile Tätigkeiten erleichtern?

Wäre insbesondere nicht vorzusehen, dass:

- in Lodrino eines der geplanten Materialkompetenzzentren (Support) eingerichtet wird, damit die Werkstätten ihren Unterhalts- und Reparaturbetrieb aufrechterhalten können;
 - die Werkstätten von Lodrino zivile Aufträge schweizerischer und ausländischer Privatfirmen entgegennehmen dürfen?
- f. Hält es der Bundesrat nicht für angezeigt, im Sinne des Buchstabens e beim Eidgenössischen Militärdepartement zu intervenieren, um den Appellen der Gemeinden der Region und der Tessiner Kantonsregierung Rechnung zu tragen, und zwar um so mehr, als der Flugplatz Lodrino als Infrastruktur für den Truppenbetrieb erhalten bleibt?

Texte de l'interpellation du 7 mars 1995

Dans le cadre du projet «Armée 95», on a mis à l'étude des projets de réorganisation des services de terre de l'aviation comportant la création de centres de compétences pour le matériel (support), la réduction du nombre d'ateliers d'entretien et de réparation moyennant le transfert d'activités à des particuliers ou leur concentration. Une des conséquences sera la diminution des effectifs.

Parmi les diverses hypothèses à l'étude figure celle d'une restructuration de l'atelier mécanique de l'aérodrome militaire de Lodrino, qui occupe actuellement 141 personnes particulièrement qualifiées. Une partie des activités pourrait être transférée à la société Pilatus SA ou aux ateliers militaires d'Emmen ou de Buochs.

Une décision en ce sens frapperait durement l'économie du canton et en particulier d'une région – celle des Tre Valli, autrement dit des trois vallées supérieures du Tessin – déjà fortement menacée par la fermeture probable de l'entreprise Monteforno à Bodio et par la réduction d'effectifs d'autres services publics, notamment des CFF.

Le groupe socialiste interpelle le Conseil fédéral et le prie de fournir les précisions suivantes:

- Est-il exact qu'une des hypothèses examinées prévoit le transfert des activités de l'atelier mécanique de l'aérodrome de Lodrino à des entreprises privées comme Pilatus SA ou à d'autres ateliers militaires situés outre-Gothard, ce qui entraînerait une réduction dramatique des effectifs employés à Lodrino?
- Dans l'affirmative, quelles sont les activités que l'on compte transférer, à combien se monterait le coût de ces transferts, et quelle serait l'ampleur de la réduction des effectifs à Lodrino?
- Comment justifierait-on de telles décisions, compte tenu des investissements de plus de 13 millions de francs effectués ces dernières années dans les ateliers mécaniques de l'aérodrome de Lodrino?
- La décision définitive ne devrait-elle pas tenir compte, non seulement des estimations des coûts et de la restructuration de l'armée, mais aussi et surtout des aspects de la politique régionale et de l'emploi?
- Vu le haut degré de qualification du personnel des ateliers de Lodrino, ainsi que l'efficacité et la compétitivité de l'entreprise, ne devrait-on pas prendre des mesures concrètes pour sauvegarder l'existence de cette entreprise, éventuellement en facilitant la conversion de ses activités militaires en activités civiles, et prévoir en particulier:
 - de maintenir les activités d'entretien et de réparation grâce à l'implantation à Lodrino d'un des centres de compétences pour le matériel (support) prévus dans les projets de réorganisation?
 - d'autoriser les ateliers de Lodrino à assurer des travaux à caractère civil en faveur de particuliers suisses et étrangers?
- Compte tenu des appels lancés par les communes de la région et par le gouvernement du canton du Tessin lui-même, compte tenu aussi du fait que l'aérodrome de Lodrino sera maintenu de toute façon comme infrastructure de combat pour l'armée, le Conseil fédéral entend-il intervenir auprès du

Interpellation Seiler Hanspeter Umsetzung von «Armee 95» in EMD-Betrieben

Interpellation Seiler Hanspeter Réalisation de la réforme «Armée 95» dans les entreprises du DMF

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1995
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	16
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	95.3096
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	23.06.1995 - 08:00
Date	
Data	
Seite	1634-1636
Page	
Pagina	
Ref. No	20 025 852

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.